



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Bestes Quartal seit der Wiedervereinigung

Die ersten drei Monate 2017 waren für das deutsche Handwerk das erfolgreichste Quartal seit der Wiedervereinigung. Folgerichtig hat der ZDH seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 3 % angehoben. Vor allem der Baubereich wirkt als Lokomotive für die deutsche Konjunktur. Das Bauhauptgewerbe meldet eine Auftragsreichweite von 10,7 Wochen. 92 % der Unternehmen bezeichnen ihre Geschäftslage als gut oder befriedigend. Bei den Ausbaugewerken sind 82 % der Kapazitäten ausgelastet. Auch und gerade im SHK-Fachhandwerk sorgt der Investitions-Run auf Immobilien für hohe Beschäftigung und Zufriedenheit. Zentraler Bremsfaktor ist und bleibt der Mangel an Fachpersonal und Azubis.

„Starke Schultern“

Deutschland rangiert im globalen Vergleich auf Platz 2 bei den Hochsteuerländern. Die Belastung eines deutschen Durchschnittsverdieners durch Steuern und Sozialabgaben lag 2016 bei 49,4 % und damit weit über dem bei 36 % liegenden Mittelwert der Industrienationen. Die OECD kritisiert vor allem „die vergleichsweise hohen Sozialabgaben“, die den Faktor Arbeit für Unternehmen verteuern und die Wettbewerbsfähigkeit belasten. Derzeit versuchen mehrere Parteien im Wahlkampf-Modus, mit mehr oder weniger leeren Senkungsversprechen Punkte beim Bürger zu sammeln. „Top Verdienere“ zahlen hierzulande mit 48,2 % fast die Hälfte des gesamten Einkommenssteueraufkommens. Derzeit haben bereits 4,2 Mio. Menschen das zweifelhafte Vergnügen, dem Spitzensteuersatz von 42 % zu unterliegen. Der greift im Jahr 2017 ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von 54.056 Euro. Das von der realen Kaufkraft abgekoppelte Progressionssystem ermöglicht dem Fiskus eine ebenso ungerechte wie leistungsfeindliche Selbstbedienung. Außerdem: In der polarisierten Polit-Diskussion werden die 30 % Besserverdiener, die für 80 % der gesamten Einkommensteuer stehen, zum Erstaunen der Betroffenen oft als „reich“ tituliert. Mittlerweile gehören auch qualifizierte Facharbeiter und Fachhandwerker zu dieser Gruppe. Gerade dort ist die Begeisterung groß, wenn Wahlkämpfer wieder mal fordern, dass „auch die starken Schultern“ einen gerechten Beitrag zum Sozialsystem leisten sollten.

„Helden der Krise“

Der IWF erwartet für 2017 ein Wachstum der Weltwirtschaft um 3,5 %. Wer sich mit den Hintergründen und Ursachen des weltweiten Aufschwungs befasst, kann die extrem expansive Geldpolitik als zentralen Treiber nicht übersehen. Seit Jahren sorgen die nationalen Zentralbanken mit Niedrigstzinsen, die die Gesetze der Volkswirtschaft auszuhebeln scheinen, für geflutete Märkte und virtuell gute Stimmung. So hat die Bundesregierung wegen der marginalen EZB-Leitzinsen von 2008 bis 2016 fast 150 Mrd. Euro weniger für ihre Schulden aufbringen müssen. Die IWF-Chefin hat die Notenbanker als „Helden der Krise“ gelobt. Für Malte Fischer, den Chef-Volkswirt der „Wirtschaftswoche“, ist diese Geldpolitik nicht heldenhaft, sondern „desaströs“. Das von Noten- und Geschäftsbanken aus dem Nichts geschöpfte Geld habe der Welt immer wieder schwere Finanz- und Banken Krisen beschert. Fischer weiter: „Die typische Dauer eines solchen Finanzzyklus beträgt 15 bis 20 Jahre. Am Anfang verleiht

das billige Geld der Konjunktur Flügel. Zieht die Inflation an, erweisen sich viele Investitionsprojekte als unrentabel. Die mit Schulden aufgepumpten Preisblasen platzen und stürzen die Wirtschaft schließlich in die Krise“. Die wundersame Geldvermehrung hat offensichtlich und unvermeidlich ihren Preis. Nach Lage der Dinge werden wir alle dafür bezahlen müssen.

Export auf Pump

Der Chefredakteur von „Focus Money“ hat die aktuelle Situation Deutschlands in der Euro-Zone in folgender Parabel allgemein verständlich beschrieben: „Ein Mann hatte 18 Freunde. 16 davon waren pleite. Sie gaben jedes Jahr mehr aus, als sie einnahmen. 13 waren sogar überschuldet. Ob sie ihre Kredite dauerhaft würden bedienen können, erschien mehr als fraglich. Eines Tages beschwatzten die Freunde den Mann: ‚Leih uns doch bitte Geld! Du kriegst es auch bestimmt zurück‘. Und weil der Mann seine Freunde nicht verlieren wollte, tat er ihnen den Gefallen. Am nächsten Tag aber kamen die Freunde wieder: ‚Wir brauchen Geld, mehr Geld! Gib uns Deine Scheckkarte, dann können wir selbst abheben, so viel wir wollen‘. Der Mann stutzte: ‚Wozu braucht Ihr denn das viele Geld?‘, fragte er. ‚Ganz einfach‘, antworteten die Freunde. ‚Wir wollen mit dem Geld unsere Schulden bei den Banken zurückzahlen. Und danach kaufen wir Dir mit Deinem eigenen Geld Dein Haus ab und dann auch noch Dein Auto‘“. Nur der Vollständigkeit halber: Die Target2-Forderungen der Deutschen Bundesbank v.a. gegenüber den südeuropäischen Schuldenländern haben die 800 Mrd. Euro-Marke überschritten. Diese Summe übertrifft das jährliche Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden. Exportweltmeister Deutschland liefert also weitgehend auf Pump gegen nicht verzinste und nicht abgesicherte Forderungen. Ob, wie und wann die Schuldenländer ihre gewaltigen Verbindlichkeiten zurückführen können und wollen, ist derzeit völlig offen.

„Zutiefst beunruhigend“

Feri Investment Research zeichnet ein düsteres Bild der Zukunft. Sorgen bereite vor allem „der bedenkenlose und ignorante Umgang zahlreicher Regierungen“ mit dem Thema „Staatsschulden & Defizite“. Kaum eine Regierung scheinere Staatsverschuldung noch ernst zu nehmen. Die Nonchalance großer, scheinbar aufgeklärter Länder beim Umgang mit ihren künftigen Zahlungsverpflichtungen sei zutiefst beunruhigend. Nach Einschätzung der Anlageexperten scheinen die politischen Entscheidungsträger fest zu planen, „Staatsschulden entweder

- durch deutlich steigende Inflation gezielt und systematisch zu entwerten (bereits in Kraft), oder
- von der jeweiligen Notenbank aufkaufen (und später entwerten) zu lassen, oder (noch schlimmer)
- in irgendeiner Weise ausfallen zu lassen (Default)

Jedes dieser Szenarien würde auf ein „Endspiel“ hinauslaufen, in dem Investoren / Bürger enteignet würden, zumindest partiell. Bei nüchterner Betrachtung ist keines dieser Szenarien zukünftig noch auszuschließen. Im Gegenteil: In Teilbereichen laufen bereits einzelne dieser Varianten, so etwa in Japan. Investoren sollten sich damit vertraut machen und entsprechende Schlussfolgerungen ziehen.“